

Linke Liste Wiesbaden



Informationen der Fraktion Linke Liste (LiLi) Wiesbaden

Juli 2006

Ergebnisse der Kommunalwahlen vom März:

„... die Gesinnung auf dem Altar der Koalition geopfert“

Vor allem anderen soll im Ergebnis der Kommunalwahlen vom März 2006 nochmals betont werden, dass die Linke Liste eine Erhöhung von einem auf drei Abgeordneten-Sitze als großen Erfolg und als Aufforderung seitens der Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger versteht, die Bemühungen um eine Politik im Interesse insbesondere der „kleinen Leute“ zu verstärken. Dass der LiLi in vier Ortsbeiräten der Einzug gelang, verstehen wir im gleichen Sinn als große Herausforderung.

Die Linke Liste betrachtet es weiter als wichtige Erfolge, dass der Status der LiLi als Fraktion festgeschrieben wurde. Damit verbunden ist ein besserer Zugang zu Informationen. Durch das zwischen Bürgerliste und Linker Liste koordinierte Vorgehen wurde erreicht, dass die REP nun NICHT vertreten sind, die Linke Liste jedoch in sieben von elf Ausschüssen mit Stimmrecht (die BL in vier Ausschüssen und mit einem ehrenamtlichen Magistratsmitglied) vertreten ist.

Bezüglich der Koalitionsverhandlungen drängt sich der Eindruck auf, dass im Wettlauf um die Gunst der CDU Bündnis 90/Die Grünen die Nase vor der SPD hatte. Für die langjährigen „Gestaltungspartner“ CDU und FDP stellen die Grünen als kleinerer Beteiligter wohl das geringere Risiko für die Fortsetzung ihrer bisherigen Politik dar.

Als noch im Mai im Finanz- und Wirtschaftsausschuss über einen verkaufsoffenen Sonntag im Rahmen des „Herbstmarktes“ entschieden werden sollte, bezogen Linke Liste und SPD klar Stellung gegen dieses Vorhaben. Während sich auch

Bündnis 90/Die Grünen in den letzten Jahren bei diesem Thema so verhalten hatten, entschied sich dieses Mal Stefan Burghardt im Ausschuss für Enthaltung. Konsequenz: Der Antrag kam durch, den Beschäftigten steht im Herbst ein weiterer Arbeits-Sonntag bevor. Die Fraktion Linke Liste stellt fest, dass dies nur möglich wurde, weil Bündnis 90/Die Grünen eingeknickt ist vor seinen künftigen Koalitionspartnern, ein erstes Zugeständnis vor allem an die FDP abgeliefert hat.

Die Stadtverordneten-Versammlung vom 1. Juni hat dann – schneller als von vielen erwartet – gezeigt, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen inzwischen ihre eigene Meinung nahezu vollständig auf dem Altar der Koalition mit CDU und FDP geopfert hat, von nahezu allen vor der Wahl vertretenen Positionen (Verwirklichung des Holocaust-Mahnmals, Schutz des Baumbestandes, Sonntagsarbeit etc.) abgerückt ist. Genannt seien nur die Themen einiger Anträge, vor allem der Linken Liste, bei denen Bündnis 90/Grüne den Schwenk zur „Gestaltungskoalition“ von CDU und FDP vollzogen haben. Ihr Stimmverhalten hatte zur Folge:

1. Ablehnung eines Mieterschutzes für ALG-II-Berechtigte;
2. Verhinderung der Entgeltzahlung für städtische Angestellte am letzten Werktag des Monats;
3. Sonntagsarbeit am Wiesbadener Herbstmarkt;
4. Blockierung der schnellen Verabschiedung einer Baumschutzsatzung;
5. Keine Befassung mit dem Thema „Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus“; inzwischen ist durchgedrungen, dass Bündnis 90/Die Grünen bereit sind, vom zentralen Ort gegenüber dem Landtag abzurücken;
6. Blockade einer Satzung zur Parkpflege und einer Gestaltungssatzung.

Fazit der Stadtverordneten-Versammlung vom 1. Juni 2006: Bündnis 90/Die Grünen hat sich als eigenständige politische Kraft in Wiesbaden abgemeldet und sich der Koalition von CDU und FDP vollständig untergeordnet. Nicht einmal ein halbes Jahr nach den Wahlen sind all jene, die „Grün“ gewählt haben, die Betrogenen.

Haushalt 2006/2007: Vorschläge der Linken Liste
Seite 1-2

Linke Liste nach den Wahlen in vier Ortsbeiräten vertreten
Seite 3-4

Kampf um einen gesetzlich festgelegten Mindestlohn
Seite 4

Venezolanischer Gewerkschafter auch zu Gast in Wiesbaden
Seite 6

Widerstand gegen die Pläne zur Privatisierung der Bahn wächst
Seite 7

Tipps für ALG-II-Berechtigte gegenüber dem Sozialamt
Seite 7 und 8

1-€-Jobs vernichten Arbeitsplätze
Seite 9

Bädergutachten: Wasserluftschloss für 65.000 €
Seite 11

Handeln gegen Rassismus ist Bürgerpflicht
Seite 10

Flüchtlingsheim Homburger Straße muss sofort geschlossen werden
Seite 12

DER GRÜNE
ZUKUNFTS-
KONGRESS

WIE GEHT'S NACH MORGEN?
www.gruener-zukunftskongress.de

Haben wir da was falsch verstanden?

„... schon erledigt?“



Anträge und Anfragen der Fraktion Linke Liste und die – soweit es welche gibt – entsprechenden Antworten der politisch Verantwortlichen



Karl-Heinz Grünheid, u.a. verantwortlich für Stadtplanung und Haushaltfragen



Antrag der Fraktion

Keine Einführung von Studiengebühren – Bildung für alle

„Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden protestiert gegen die Einführung von Studiengebühren im Lande Hessen und fordert die unverzügliche Rücknahme dieses Beschlusses.“

Dieser Antrag wurde mit den Stimmen von Bündnis90/Die Grünen, CDU und FDP abgelehnt.

Haushaltsplan 2006/2007: Vorschläge der Linken Liste

Für die Beratungen des Stadthaushaltsplanes 2006/2007 hat die Linke Liste eine Reihe von konkreten Vorschlägen in die zuständigen Gremien gegeben.

Vorweg zum wiederholten Mal: Es ist untragbar, dass die Landeshauptstadt nun schon über ein halbes Jahr ohne Haushaltsplan „wirtschaftet“. Diesen „Nachlass“ hinterließ uns die CDU/FDP/Hirzel-Vorgänger-Stadregierung.

Welche Mittel können ausgegeben werden? Zur Erinnerung: Die Linke Liste schrieb im Dezember 2005 („the same procedure ...“), dass der damalige Ansatz um etwa 20 Millionen € zu niedrig kalkuliert war. Die gegenwärtige „Schwampel“-Koalition hat in ihren Vorschlägen die Summe von zusätzlich verwendbaren Mitteln in Höhe von 28 Millionen (alles immer für beide Jahre angegeben) eingestellt. Auch eine Art, Politik zu machen: man startet mit einem Horror-Haushalt und erweist sich dann als großzügig, indem man auf etwas realistischere Zahlen geht.

Kernstück der LiLi-Vorschläge ist, die Hebesätze für die Gewerbesteuer und Grundsteuer wieder auf die für die Haushaltsjahre 2000 und 2001 festgelegte Höhe anzuheben: Für die Stadt hätte dies eine Mehreinnahme von zweimal 9 Millionen € bedeutet: die Summe kann aber realistisch nur für 2007 eingesetzt werden.

Zu den oben genannten 28 Millionen rechnet die Linke Liste also nochmals 9 Millionen für 2007 (Grund- und Gewerbesteuer) hinzu: Demzufolge können etwa 37 Millionen ausgegeben werden.

Vorschläge der LiLi:

Vermögenshaushalt:

Schulen	ca. 15 Millionen
Kitas	2.400.000
Rheinufergestaltung	500.000

Villa Clementine	800.000
Bäder und Sportanlagen	1.700.000
Hochwasserschutz	860.000

Zusätzlich hat die Linke Liste eine Reihe von Vorschlägen aufgenommen, die seitens der Ortsbeiräte dringend erwünscht waren: Es handelt sich um annähernd 5 Millionen €, die dafür einzusetzen waren.

Verwaltungshaushalt:

Kindertagesstätten – Personal	2.300.000
Schulsozialarbeit	500.000
Zuschüsse für Vereine etc.	2.800.000
Wiedereinführung ermäß. Monatskarte	1.400.000

Dies sind nur einige der Hauptpunkte – für die Linke Liste war es im Übrigen selbstverständlich, ihrer Meinung nach vernünftige Vorschläge der „Schwampel“ zu übernehmen.

Bei den Beratungen am 14. Juni wurde deutlich, was die „Schwampel“-Koalition unter demokratischer Parlamentsarbeit versteht: Durchsetzung der eigenen Vorstellungen ohne jegliche Bereitschaft zur Diskussion. Wo CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen vor lauter Koalitionsmauscheleien noch nicht zu inhaltlichen Positionen gekommen waren, wurden Anträge der „Neuen Gestaltungs-Mehrheit“ als (wörtlich) „Dummies“ präsentiert.

Die Anträge von Linker Liste und SPD wurden ausnahmslos abgebügelt. Es gab keinerlei Bereitschaft, sich zu verständigen. Die Presse war schon vorab von der neuen Koalition informiert worden.

Die Linke Liste verurteilt diese Vorgehensweise als höchst undemokratisch, stilllos und unkollegial. Die Grünen haben schnell gelernt: Wie in den letzten fünf Jahren die CDU/FDP/Hirzel-Mehrheit mit ihnen (damals noch Opposition) umgesprungen ist, das praktizieren sie nun im neuen Bündnis mit CDU und FDP.



Antrag der Fraktion

Mieterschutz für Bezieher/innen von Leistungen nach dem SGB II

Den Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen nach dem SGB II wird ab dem 1.1.2006 der Mitgliedsbeitrag beim Mieterschutzverein Wiesbaden und Umgebung e.V. durch das Amt für Soziale Arbeit erstattet.

Abstimmungsergebnis: Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt.

Den Antrag lehnten die Fraktionen CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von Linke Liste und SPD ab. Die BLW und die REPs enthielten sich der Stimme.

LiLi



Zeitung der Fraktion Linke Liste Wiesbaden

✓ Anfragen und Anträge der Fraktion

Änderung der Entgeltauszahlungen städtischer Angestellter

Wir dokumentieren aus dem Redebeitrag des Abgeordneten Jürgen Becker:

„... die Öffentlichen Arbeitgeber haben eine hohe Verantwortung gleichermaßen für Bedienstete und Bürger, beide wollen optimale Bedingungen erfahren. Um dies zu erreichen, müssen die Rahmenbedingungen stimmen, denn der Erfolg der Verwaltung hängt ganz entscheidend von den Beschäftigten ab, ihrer Kreativität, ihren Kenntnissen und Erfahrungen.“

Es lohnt sich daher, in Personalentwicklung zu investieren und die nötigen Impulse zu geben.

Das so genannte Personalmanagement hat in seinen Grundzügen erkannt, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gefördert werden müssen. ... Von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wird mehr

Effizienz und hohe Veränderungsbereitschaft erwartet, um den Anspruch einer bürgernahen Verwaltung gerecht zu werden.

Zum ‚modernen Verwaltungshaushalt‘ gehört auch eine zeitgemäße Entgeltregelung. Im Mittelstand und der Industrie sind Gehaltszahlungen zum letzten Werktag des Monats längst Praxis.

Die Konten der Bediensteten werden zum 1. eines jeden Monats mit den wiederkehrenden Unkosten belastet. Zum effizienten Wirtschaften müssen die Entgeltzahlungen entsprechend angepasst werden.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um Zustimmung zu unserem Antrag, um den städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die notwendige Planungssicherheit zu geben.“

„Die Landeshauptstadt Wiesbaden legt den Zahltag für die Entgelte auf den letzten Werktag eines jeden Monats fest.“

Abstimmungsergebnis: Durch Aussprache erledigt.

Nachdem Herr Dezernent Bendel angekündigt hatte, dass er „hofft“, bis zum September 2006 das Problem zu Gunsten der Beschäftigten zu lösen, beantragte die CDU-Fraktion, den Antrag der Linken Liste als durch Aussprache erledigt zu betrachten. Dem stimmten gegen die Stimmen der SPD, BLW und der Linken Liste die Fraktionen von CDU, FDP, REP und Bündnis 90/Die Grünen zu.

Aus den Ortsbeiräten

Seit den Kommunalwahlen im März 2006 ist die Linke Liste in vier Innenstadt-Ortsbeiräten (Südost, Westend, Nordost, Mitte) vertreten, ein klarer Hinweis darauf, dass es genug Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt gibt, die der LiLi eine aktive Interessenvertretung zutrauen: Nicht zuletzt die fünf Jahre Linke Liste im Rathaus haben diese Erwartung geweckt. Wir werden in lockerer Folge über die Aktivitäten der neuen Mitglieder in den Ortsbeiräten berichten, insbesondere wenn davon Impulse auch für die Arbeit der Fraktion im Rathaus ausgehen.

Hier zunächst die Namen und die Erreichbarkeit der vier Ortsbeirats-Mitglieder:

Ortsbeirat Mitte:

Hans-Jürgen Geisler, 52, Einzelhandelskaufmann, bisher Mitarbeit im Arbeitskreis Soziales der LiLi.

Telefon: 0177-5541334

Rheingau/Hollerborn:

Mike Ladwig, 43, Systembetreuer, seit zwei Jahren in Wiesbaden, vorher u. a. acht Jahre Stadtverordneter in Rüsselsheim und zwei Jahre im Stadtteilbeirat.

Telefon 0612-7717411; Mail mikeladwig@aol.com

Südost:

Karl-Heinz Grünheid, 53, Sachbearbeiter, seit 1996 im Ortsbezirk wohnhaft, bisher in der Linken Liste Wiesbaden vor allem engagiert auf den Gebieten Stadtentwicklung und Haushalt. Telefon 0611-372845; Mail gruenheid@t-online.de

Westend/Bleichstraße:

Jürgen Jäger, in Wiesbaden geboren, Dozent, Mitglied im Berufsbildungsausschuss der IHK in Wiesbaden als Gewerkschaftsvertreter.

Telefon 0611-7166218

Antrag zum Ortsbeirat Südost, 18. Mai 2006: Schwarzarbeit, illegale Beschäftigung und unfairer Wettbewerb auf dem Bau – kein Thema für den Ortsbeirat Südost

Die Linke Liste (LiLi) Wiesbaden-Südost forderte in einem Antrag zur Ortsbeiratssitzung am 18. Mai 2006 einen Sachstandsbericht über Kontrollen öffentlicher und privater Baustellen auf Einhaltung gesetzlicher und tarifvertraglich geregelter Arbeitsbedingungen. Konkret forderte sie diesen Bericht für Baustellen im Ortsbezirk Südost (Lilien-Carré, Sunrise Domizile für Senioren an der Mosbacher Straße, Statistisches Bundesamt und St.-Josefs-Hospital) an. Ziel war es, einen konkreten Beitrag für den Ausbau eines breiten gesellschaftlichen Konsens gegen Schwarzarbeit, illegale Beschäftigung und unfairen Wettbewerb, z.B. durch Dumpinglöhne, zu leisten.

Dieser Berichtsantrag wurde mit den Stimmen von CDU, FDP und SPD von der Tagesordnung genommen. CDU und FDP waren der Ansicht, dass dieses Thema eher auf der Ebene der Stadt und der entsprechenden Verwaltungsorgane angesiedelt sei und der Ortsbeirat sich in seiner Arbeit auf die Probleme vor Ort konzentrieren sollte. Die SPD wäre bereit gewesen, diesen Antrag zu unterstützen, gäbe es einen „Anfangsverdacht“ für Unregelmäßigkeiten.

Die Linke Liste Wiesbaden-Südost bedauert diese Weigerung der übrigen Ortsbeirats-Mitglieder, gesellschaftliche Kontrolle über die Einhaltung von gesetzlichen und tariflich geregelten Arbeitsbedingungen für ArbeitnehmerInnen auszuüben.

K.-H. Grünheid,
Ortsbeiratsmitglied Südost



Jürgen Becker, Stadtverordneter der Linken Liste Wiesbaden

Die Stadtverordneten und deren Zuständigkeiten in Ausschüssen:

Hartmut Bohre:

Ältestenausschuss; Gesundheit; Revision; Schule und Kultur.
Grohanlage 4, 55252 Mainz-Kastel
Telefon 06134-62554

Mechthilde Coigné

Bürgerbeteiligung, Völkerverständigung und Integration; Frauenangelegenheiten, Freizeit und Sport.
Zelterstraße 17, 55246 Mainz-Kostheim
Telefon 06134-1204

Jürgen Becker

Umwelt und Sauberkeit; Planung, Bau und Verkehr; Soziales; Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung.
Wandersmannstraße 70b
65205 Wiesbaden
Email: j.becker-erbenheim@online.de

LiLi



Zeitung der
Fraktion Linke Liste Wiesbaden
Juli 2006

Gesetzlicher Mindestlohn für ein Leben in Würde

Ein gesetzlicher Mindestlohn definiert eine Untergrenze, die ein Mensch für eine Vollzeitbeschäftigung erhalten muss. Löhne darunter sind illegal. Schon heute arbeiten laut Informationen der Diakonie 900.000 Menschen zu Löhnen unterhalb von Hartz IV.

Lohn zum Leben heißt: mindestens 8 Euro pro Arbeitsstunde. Das Ziel ist ein Mindestgehalt von 1.500 € im Monat. Der gesetzliche Mindestlohn verhindert Armut trotz Arbeit. Er unterbindet Lohndumping und sichert Tarifgrenzen nach unten. Das stärkt die Gewerkschaften und so alle, die Arbeit haben und suchen. Und: Der Mindestlohn stärkt die private Kaufkraft und kurbelt die Binnennachfrage an. Er garantiert die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und stützt Arbeitsplätze.

In unseren europäischen Nachbarländern ist der gesetzlich garantierte Mindestlohn ein Erfolgsmodell geworden. Ohne den Mindestlohn in Höhe von umgerechnet 7,36 € wäre der aktuelle Wirtschaftsaufschwung durch die gestärkte Binnennachfrage in Großbritannien niemals zustande gekommen. In Deutschland wird durch die so genannten großen Volksparteien genau das Gegenteil angeschoben. Immer weitere Kürzungen und immer geringerer werdende Entlohnung schwächen die Binnennachfrage nachhaltig und erhöhen so unablässig den Druck auf die sozialen Sicherungssysteme und deren Einnahmesituation. Eine politisch gewollte negative Spirale, die durchbrochen werden muss. Wenn ständig den Menschen vom Staat genommen wird, die sowieso nicht genügend haben, darf sich anschließend aber auch niemand über das Jammern der Einzelhändler und Warenhäuser wegen ständig sinkenden Umsatzzahlen aufregen. Insgesamt gibt es in 18 von 25 Ländern der europäischen Union bereits einen gesetzlichen Mindestlohn – zum Vergleich einige Zahlen: Irland 7,65 € (Irland war vor 15 Jahren mit Portugal und Griechenland das ärmste Land der Gemeinschaft und hat sich mittlerweile zu einem wirtschaftlich sehr erfolgreichen Land entwickelt), Niederlande

Müntefering untergräbt Fundament des Sozialstaats

Werner Dreibus (DIE LINKE.) erklärte zu einer von Mitgliedern der SPD-Bundestagsfraktion bestätigten Meldung, der Bundesminister für Arbeit und Soziales, Müntefering, habe wörtlich erklärt: „Wer arbeitet, soll etwas zu essen haben, wer nicht arbeitet, braucht nichts zu essen.“

„Diese schlimme Entgleisung ist ein Skandal und muss Konsequenzen haben ... Sieht so der ‚vorsorgende Sozialstaat‘ aus, den die Sozialdemokraten propagieren? Der Minister für Arbeit und Soziales spielt auf der Klaviatur des übels-ten Populismus, um den Sozialstaat weiter zu entkernen. Die Koalition hat die Hunger-Philosophie des Ministers mit dem Hartz IV-‚Optimierungsgesetz‘ schon in Politik gegossen ... Ich fordere Minister Müntefering auf, seine Äußerung öffentlich zurückzunehmen und sich bei den Arbeitslosen öffentlich zu entschuldigen.“

7,96 €, Frankreich 8,03 €, Luxemburg 8,69 €, Portugal 2,62 €.

- Die WASG und DIE LINKE haben nach entsprechenden Beschlüssen zum 1. Mai 2006 eine Kampagne zum Thema Mindestlohn gestartet. Unter dem Motto 8+ werden bis in den Herbst hinein bundesweit zahlreiche Aktionen in der Öffentlichkeit durchgeführt. Mehr Infos hierzu gibt es unter www.8euro.de. Zugleich brachte die gemeinsame Bundestagsfraktion einen entsprechenden Gesetzesantrag in den Bundestag ein.
- Statt wie im Wahlprogramm verabschiedet, will die SPD laut Fraktionsvorsitzendem Struck lieber die Leistungen für ALGII-Bezieher/innen kürzen, statt den arbeitenden Menschen ein Leben in Würde durch einen ausreichenden Verdienst zu ermöglichen.
- Angesichts von mittlerweile über 3 Millionen Menschen in Deutschland, die mit einem regulären Vollzeitbeschäftigungsverhältnis weniger erzielen, als ein ALGII-Bezieher an Gesamtleistung erhält, ist sofortiges Handeln eine gesellschaftliche Pflicht. Ziel linker Politik ist es, amerikanische Jobverhältnisse zu verhindern und damit auch allen Menschen einen Zugang zu finanzierbaren Sozialleistungen zu gewähren.
- Die Gewerkschaften ver.di und NGG werben unabhängig auch für einen Mindestlohn von 7,50 €. Die beiden Kampagnen stehen aber nicht in Konkurrenz zu einander, sondern ergänzen sich. Gemeinsames Ziel ist die Einführung eines Mindestlohns in Deutschland mit schrittweiser Erhöhung auf 9 € pro Stunde beziehungsweise 1.500 € im Monat.
- Auch in Wiesbaden werden sich WASG und DIE LINKE daran beteiligen – darauf soll und darf es aber nicht begrenzt bleiben. Unterstützerinnen und Unterstützer der Linken Liste und darüber hinaus sind eingeladen, sich aktiv an der Kampagne zu beteiligen und so das Thema in der Öffentlichkeit zu platzieren.

Veit Wilhelmy, afa-Vorsitzender und Stadtverordneter für die SPD, hat presseöffentlich erklärt, die 8-€-Kampagne zu unterstützen. Der Kreisvorstand der WASG bietet sich als Koordinator an. Michael Wassermann, Kandidat der Linken Liste bei den Kommunalwahlen und WASG-Mitglied, ist als Ansprechpartner bestimmt worden.



Interessierte und engagierte Bürgerinnen und Bürger melden sich bitte unter michaelwassermann@gmx.de oder 0176-23226297 für Fragen, Angebote und Informationen.

Lili



Zeitung der
Fraktion Linke Liste Wiesbaden





Anfrage der Fraktion

Auftragsvergabe an das Bauhaus

Trifft es zu, dass das Grünflächenamt Tätigkeiten, die üblicherweise früher von diesem erledigt wurden (z.B. Spielplatzreinigung), als Aufträge an das BauHaus vergibt? Wenn ja, um welche Tätigkeiten handelt es sich und wie sind die vertraglichen Bedingungen? (Teil 1)

Trifft es weiterhin zu, dass Aufträge zu Renovierungsarbeiten in Büros städtischer Ämter oder Dezernate an das BauHaus vergeben wurden oder werden? Wenn ja, um welche Tätigkeiten handelt es sich und wie sind die vertraglichen Bedingungen? (Teil 2)

Teil 1 beantwortete Stadtrat Grella wie folgt:

Es ist zutreffend, dass das Amt für Grünflächen, Landwirtschaft und Forsten seit 2005 Tätigkeiten an die BauHaus Werkstätten vergibt. Dies beinhaltet im Wesentlichen die Reinigung von ca. 25 Kinderspielplätzen sowie teilweise leichte gärtnerische Arbeiten (Rasen mähen, Hecken schneiden) auf Spielplätzen und Grünanlagen. Diese Leistungen wurden in der Vergangenheit zum Teil selbst erbracht und auch schon vergeben (z.B. an IBA). Aufgrund des Personalmrückgangs bei Amt 67 war die Einhaltung bestimmter Pflegeintervalle nicht mehr möglich. Gerade im sensiblen Bereich der Kinderspielplätze muss jedoch ein hoher Pflegestandard gehalten werden. Basis der Vereinbarungen zwischen BauHaus und Amt 67 ist die Projektskizze vom 12.08.2004. Die Leistungsverrechnung durch Amt 67 erfolgt jährlich in Höhe von 45.000 €. Dieser Betrag berechnet sich aus den Personalkosten für einen Fachanleiter zuzüglich der entsprechenden Materialkosten.

Herr Grella, zur Richtigstellung: Das Personal „ging nicht zurück“, es wurde bewusst vom CDU + FDP-Magistrat abgebaut!

Teil 2 beantwortete schriftlich Stadtkämmerer Dr. Müller:

Über die Hauptabteilung Vergabe und Beschaffung, Zentrale Verdingungsstelle, wurden in den letzten Jahren keine städtischen Aufträge an die

BauHaus Werkstätten GmbH erteilt. Gleichwohl erhalten die Bauhaus Werkstätten Aufträge von städtischen Organisationseinheiten, die diese im Rahmen ihrer Befugnisse durch Bestellscheine bis zu einer Grenze von 5.000 € erteilen können. Die Berücksichtigung der Bauhaus Werkstätten GmbH bei Auftragsvergaben durch die Stadt ist auch grundsätzlich legitim, da sie dadurch als Einrichtung der Jugendberufshilfe bei der Durchführung ihrer Bildungsarbeit konstruktiv unterstützt wird.

Auftragserteilungen an die Bauhaus Werkstätten erfolgen allerdings sehr selektiv und gehen nur unwesentlich zu Lasten der örtlichen Handwerksbetriebe, an die nach wie vor der Großteil der Bauunterhaltungsaufträge vergeben wird.

Im Übrigen sind Auftragsvergaben an Einrichtungen der Jugendhilfe oder an Aus- und Fortbildungsstätten durch die Verdingungsordnungen legitimiert, allerdings dürfen diese nicht im Wettbewerb mit gewerblichen Unternehmen erfolgen.

Da wie bereits ausgeführt solche Kleinaufträge dezentral beauftragt werden, kann im Einzelnen nicht festgestellt werden, um welche Tätigkeiten es sich jeweils handelt und zu welchen vertraglichen Bedingungen sie ausgeführt werden.

Mein Name ist Hase und ich weiß von nichts. Verantwortung übernehme ich schon gar nicht. Dr. Müller – der ideale Kandidat der CDU für den Oberbürgermeisterposten.

Termine:

Stadtverordnetenversammlungen:

6. Juli, 21. September, 16. November, 15. Dezember

Fraktionssitzungen

der Linken Liste Wiesbaden:
(Rathaus, Raum 304, 18 Uhr)

3.7., 4.9., 11.9., 18.9., 30.10., 6.11., 13.11., 27.11., 4.12., 11.12.

AG Öffentlichkeitsarbeit:

(Rathaus, Raum 314) jeweils
Donnerstag von 16–18 Uhr

Vollversammlungen

der Wählergruppe Linke Liste
12.7., 30.8. Sommerbabbeln im
Biergarten, 27.9., 25.10., 22.11.



Anfrage der Fraktion

Ermäßigung für Bezieher von ALG II bei kulturellen Veranstaltungen in der Landeshauptstadt Wiesbaden

Ist der Magistrat bereit, darauf hinzuwirken, dass Bezieher/innen von ALG II beziehungsweise Sozialhilfe bei kulturellen Veranstaltungen in der Landeshauptstadt Wiesbaden (z.B. im hessischen Staatstheater bei den Maifestspielen) zumindest dieselben Ermäßigungen in Anspruch nehmen können wie Schüler/innen, Studierende, Auszubildende, Schwerbehinderte u.a.?

Die Antwort gab Stadtrat von Scheidt:

Überlegungen von Seiten des Magistrats, für diese Personengruppen Ermäßigungen bei kulturellen Veranstaltungen einzuführen, gibt es derzeit nicht. Grundsätzlich ergeben sich durch die Einräumung von Ermäßigungen und Rabatten Einnahmeverluste, die innerhalb der vorhandenen Budgets der Veranstalter aufgefangen werden müssen.

Dessen ungeachtet wird dieses Thema sowohl innerhalb des Kulturdezernats als auch – in Bezug auf Kooperationsveranstaltungen – in den jeweiligen gemeinsamen Gremien (z.B. Verwaltungsausschuss Staatstheater) diskutiert werden. Es sei abschließend auch darauf hingewiesen, dass insbesondere im Bereich der kulturellen Bildung (Kurse an der Volkshochschule/ Unterricht an der Musik- und Kunstschule) bereits jetzt erhebliche Rabatte für diese Personengruppen gewährt werden.

Unsere Meinung: Für teure Empfänge während der Maifestspiele hat die Stadt Wiesbaden Geld. Die verbilligte Teilnahme von Bezieher/innen von ALG II beziehungsweise Sozialhilfe an kulturellen Veranstaltungen ist kein Thema für den Magistrat. Zynisch.

Lili



Zeitung der
Fraktion Linke Liste Wiesbaden
Juli 2006



Rubén Linares knüpft Kontakte mit deutschen Gewerkschaftern und Linken

Mit einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung im Wiesbadener Gewerkschaftshaus ging am 20. Mai die Besuchsreise des venezolanischen Gewerkschafters Rubén Linares zu Ende. Linares ist stellvertretender Vorsitzender der Transportarbeitergewerkschaft FEDUTRANS und gehört zum Gremium der nationalen Koordinatoren des neuen kämpferischen Gewerkschaftsbundes UNT.

Mit seinem Besuch auf Einladung der Initiative „Hände weg von Venezuela“ wollte Linares vor allem auch direkte Kontakte zu den DGB-Gewerkschaften knüpfen und einen Austausch auf allen Ebenen einleiten.

So führte er ein längeres Gespräch mit einer Delegation des IG Metall-Vorstandes unter Leitung von Horst Schmitthener, Beauftragter der IG-Metall für die Sozialen Bewegungen, und Hans-Jürgen Urban, Leiter des Funktionsbereichs Gesellschaftspolitik/Grundsatzfragen. In Berlin hatte Linares zuvor u.a. mit dem Linkspartei-Vorsitzenden Lothar Bisky, Jürgen Eckl von der Internationalen Abteilung beim DGB-Bundesausschuss und dem SPD-Bundestagsabgeordneten Lothar Mark gesprochen, der in der Vergangenheit öffentlich die Venezuela-Politik der US-Regierung kritisiert hatte. Bei Dorothee Menzner, verkehrspolitische Sprecherin der Linken im Bundestag und Vertretern der Initiative Bahn von unten, informierte sich Rubén Linares über die geplante Privatisierung der Deutschen Bahn und kritisierte dabei jegliche Politik der Privatisierung und Deregulierung, die stets auf eine Schwächung der Gewerkschaften hinauslaufe.

Linares äußerte sich zufrieden mit dem Interesse am Prozess der boliviarischen Revolution und lud seine Gesprächspartner zu einem Besuch in Venezuela ein.

Unterstützer bzw. Gastgeber in Berlin, Kassel, Frankfurt (Main) und Wiesbaden waren u.a. örtliche Gliederungen von IG Metall, ver.di, IG BAU, DGB, Linkspartei.PDS, WASG, Attac, [solid], DKP, SDAJ, Der Funke e.V., Deutscher Freidenker-Verband e.V., Linke Liste Wiesbaden, Rosa-Luxemburg-Stiftung. Linares berichtete über die politischen Prozesse in Venezuela, die zur Herausbildung eines neuen gewerkschaftlichen Dachverbandes geführt hatten. Dabei sprach er auch über praktische Erfahrungen und Schwierigkeiten beim Neuaufbau der Gewerkschaftsbewegung unter dem Dach der UNT.

Linares besuchte unmittelbar nach seiner Ankunft in Berlin am 16. Mai 2006 die Streikenden von

Case New Holland (CNH) in Berlin-Spandau, informierte sich über die Hintergründe des Konflikts und hielt eine Ansprache bei der betrieblichen Streikversammlung. „Nachdem sie Euch Euren Namen genommen haben, wollten sie Euch Eure Würde nehmen“, erklärte Linares vor den Streikenden mit Blick auf die Übernahme des namhaften Traditionsunternehmens durch den FIAT-Konzern. In diesem Zusammenhang berichtete Linares der CNH-Belegschaft ebenso wie seinen Zuhörern bei den anderen Veranstaltungen, wie in Venezuela und ganz Lateinamerika Belegschaften in einer ähnlichen Situation mit Betriebsbesetzungen und Ansätzen von Selbstverwaltung die Arbeitsplätze zu retten versuchen.

„Neun von zehn Arbeitern stehen hinter Präsident Hugo Chávez“, stellte Linares immer wieder in den Diskussionsveranstaltungen fest und zeigte sich zuversichtlich, dass der Präsident auch bei der im Dezember 2006 anstehenden Wahl mit einem klaren Wahlsieg rechnen könne. Gleichzeitig jedoch unterstrich der Gewerkschafter die parteipolitische und konfessionelle Unabhängigkeit seines Dachverbandes, der auch Konflikten mit Bürgermeistern und Gouverneuren aus dem Regierungslager nicht aus dem Weg gehe, wenn dies im Interesse der Arbeiter erforderlich sei.

Hans-Gerd Öfinger

Der Vertreter Venezuelas, Cesar Mendez, bei der Veranstaltung der Linken Liste Wiesbaden mit Aleida Guevara im März 2006



Lili



Zeitung der
Fraktion Linke Liste Wiesbaden

6

Juli 2006

Widerstand gegen Börsenbahn

Ende September sollen die Parlamentarier in Berlin über die Privatisierung der (noch bundeseigenen) Deutschen Bahn (DB) entscheiden.

Ein bestelltes Gutachten untersucht verschiedene Wege der materiellen Privatisierung des DB-Konzerns mit und ohne Schienen-Infrastruktur. Dabei stecken hinter verschiedenen Wegen der Privatisierung unterschiedliche Interessen. DB-Chef Mehdorn will den Konzern zum weltweit führenden Global Player der Logistikbranche ausbauen und bis zu 49,9 Prozent der Aktien einschließlich Schieneninfrastruktur an (vermutlich überseeische) Investoren veräußern. Er will, dass die Einnahmen aus dem Aktienverkauf direkt an den Konzern und nicht in den Bundeshaushalt fließen. Somit soll die Kriegskasse für den Aufkauf von Logistikunternehmen in aller Welt gefüllt werden.

Demgegenüber wollen CDU/CSU, FDP und Grüne im Einklang mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) das (tendenziell defizitäre) Schienennetz beim Bund belassen (Verluste sozialisieren), die Transportgesellschaften sowie die sonstigen DB-Tochterunternehmen im Dienstleistungsbereich (wie etwa die Bahnreinigung, Bewachung und Reparatur von Zügen etc.) jedoch zu 100 Prozent privatisieren. Deutsche Kapitalgruppen versprechen sich von den Filetstücken hohe Renditen. Ein solches Szenario ist in Großbritannien bereits Alltag. Dass die Briten mittlerweile eine Wiederverstaatlichung der Bahnen fordern, ist indes für die deutsche Privatisierungslobby und die Gutachter kein Thema. Während die Linke im Bundestag eine

Privatisierung ablehnt, hat sich die SPD noch nicht eindeutig positioniert.

Auf dem Altar der Privatisierung und Börsenfähigkeit haben Eisenbahner schon seit Beginn der formalen Privatisierung 1994 große Opfer gebracht. So ist fast jeder zweite Arbeitsplatz verschwunden. Für den Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen bis 2010 fanden sich die Gewerkschaften letztes Jahr u.a. mit Lohnopfern, Arbeitszeitverlängerung und Urlaubskürzung ab. Sollte der DB-Konzern zerschlagen werden, befürchtet die Bahn-gewerkschaft TRANSNET den Verlust von 50.000 Arbeitsplätzen und massives Lohndumping.

Allerdings blieben auch bei einem Börsengang des kompletten Konzerns die Interessen der Beschäftigten auf der Strecke, wie die Erfahrungen mit Post und Telekom zeigen: mehr Bürokratismus und im betrieblichen Alltag erhebliche Reibungsverluste. Doch mit einem klaren und unmissverständlichen Nein zur Privatisierung tat und tut sich TRANSNET schwer. Stattdessen war „Mitgestaltung“ angesagt. Aber nicht nur die jüngste „Heuschrecken“-Diskussion hat ein Umdenken eingeleitet: Angesichts einer drohenden Zerschlagung der DB drohte der TRANSNET-Vorsitzende Norbert Hansen sogar Anfang 2006 mit Streiks während der Fußball-WM.

Gegen die drohende Privatisierung wehrt sich die gewerkschaftliche Basisinitiative „Bahn von unten“, die sich mit anderen Privatisierungsgegnern zum Bündnis „Bahn für alle“ zusammengeschlossen hat. Auch in Wiesbaden sind Aktionen geplant.

Hans-Gerd Öfinger



Weitere Informationen:

www.bahnvonunten.de
www.bahn-fuer-alle.de
Telefon 0611-406807

Tipps für ALG II-Berechtigte: Womit Sie beim Sozialamt Wiesbaden rechnen müssen

Hausbesuche

Wenn Sie in Wiesbaden einen Antrag auf ALG II stellen, wird Ihnen Ihr Sachbearbeiter oder Ihre Sachbearbeiterin wahrscheinlich sagen, dass ein Neuantrag automatisch mit einem Hausbesuch durch einen Sozialdetektiv verbunden ist, um die Richtigkeit Ihrer Angaben zu überprüfen. Dies ist gesetzeswidrig. Nach einem Urteil des Hessischen Landessozialgerichtes vom 30. Januar 2006 müssen ALG-II-Berechtigte Hausbesuche nicht grundsätzlich hinnehmen: „Die Unverletzlichkeit der Wohnung ist ein hohes, verfassungsrechtlich geschütztes Gut. Deshalb müssen Bezieherinnen und Bezieher von ALG II Hausbesuche der Arbeitsagentur bzw. ihrer Kommune als Träger der Grundsicherung nur dann gestatten, wenn

- diese berechnete Zweifel an den Angaben des Betroffenen geltend machen können und
- ein Hausbesuch geeignet ist, diese berechneten Zweifel aufzuklären (Hessisches Landessozialgericht, Beschluss vom 30.1.2006 – L 7 AS 1/06 ER und L 7 AS 13/06 ER – rechtskräftig).

Es gilt also auch in Zeiten von Hartz IV Ihr grundgesetzlich verbrieftes Recht, solche Schnüffeleien zu verweigern.

Darlehen

Nach Sozialgesetzbuch (SGB) II kann Ihr Sozialamt für einmalige Leistungen (z.B. für eine defekte Waschmaschine, Umzugskosten, Kautionszahlungen o.ä.) ein Darlehen vergeben. Muss es aber nicht! Stellen Sie deshalb in solchen Fällen immer einen Antrag auf Übernahme der Kosten als Beihilfe, die dann nicht mehr zurückgezahlt werden muss. In Wiesbaden ist es üblich, dass nicht nur eines, sondern gerne auch mal mehrere Darlehen an eine Person vergeben werden. Achtung: Nach SGB II darf nur maximal 10 % der Regelleistung für die Rückzahlung aller Darlehen des Sozialamtes einbehalten werden (bei einem Alleinstehenden: 10% von 345 € = 34,50 € Rückzahlung, bei einem (Ehe-)Paar ohne Kinder: 10% von 622 € = 62,20 € Rückzahlung).

Einmalige Beihilfen

Nach SGB II müssen einmalige Beihilfen aus der Regelleistung (also von den 345 € bei Alleinstehenden und den 611 € bei kinderlosen Paaren) angespart werden. Es besteht jedoch ein Rechtsanspruch auf Übernahme der Kosten als Beihilfe bei Erstausrüstungen für

Lili



Zeitung der
Fraktion Linke Liste Wiesbaden
Juli 2006

Tipps für ALG II-Berechtigte: Womit Sie beim Sozialamt Wiesbaden rechnen müssen

AK Arbeitslosigkeit/Hartz IV

Der AK Arbeitslosigkeit/Hartz IV der Linken Liste trifft sich jeweils donnerstags um 18 Uhr, voraussichtlich in Raum 202 im Rathaus, Schlossplatz.
Kontakt:
Gunther Praml, Telefon (0611) 1575856

- die Wohnung einschließlich Haushaltsgeräten
- Bekleidung einschließlich Schwangerschaft und Geburt
- mehrtägige Klassenfahrten von Schulkindern.

Entscheidend ist hier die Unterscheidung zwischen Erst- und Ersatzbeschaffung.

Erstbeschaffung sind alle notwendigen Hausratsgegenstände, die nicht vorhanden sind. Diese müssen als Beihilfe vom Sozialamt bezahlt werden. Ein Erstbeschaffungsanspruch besteht nicht nur einmal und dann nie mehr im Leben, sondern immer, wenn eine Grundausstattung aus besonderen Gründen notwendig ist: nach Wohnungsbrand, nach Auszug aus dem Elternhaus, nach der Trennung vom Partner, für bislang Wohnungslose, die sich eine Wohnung einrichten ...

Ersatzbeschaffung sind alle vorhandenen Hausratsgegenstände einschließlich Bekleidung, die ersetzt werden müssen. Diese müssen aus dem Regelsatz angespart werden.

Eingliederungsvereinbarung

Werden Sie erstmals von Ihrem Fallmanager zu einem Besuch der Kommunalen Arbeitsvermittlung (KommAV) aufgefordert, stellen Sie sich darauf ein, dass Sie ad hoc eine Eingliederungsvereinbarung unterschreiben sollen, auf deren Inhalt sie keinen Einfluss hatten. Darin werden in einem Einzeiler die Fördermaßnahmen der KommAV und auf mehreren Seiten die Rechtsfolgen bei Nichtmitwirkung Ihrerseits beschrieben, mit denen Sie so eingeschüchtert werden sollen, dass Sie vermutlich alles unterschreiben würden.

Überlegen Sie sich deshalb im Voraus, wo Sie Ihre beruflichen Stärken und Schwächen, Ihre Erfahrungen und Neigungen sehen. Dann sollten Sie sich überlegen, welche Stärkung Ihrer beruflichen Chancen, also welche Leistungen zur Eingliederung, Sie sich von der KommAV warum wünschen. Bestehen Sie darauf, dass Ihre Vorstellungen in der Eingliederungsvereinbarung berücksichtigt werden. Fallmanager sind aber nach den bislang vorliegenden Erfahrungen häufig nicht kooperationsbereit. Um gegenüber Drohungen mit Sanktionen und anderen Einschüchterungen besser gewappnet zu sein, sollten Sie deshalb eine Person Ihres Vertrauens als Beistand mit zur KommAV nehmen. Können Sie sich trotzdem nicht mit dem Fallmanager über die Eingliederungsvereinbarung einigen, lassen Sie sich einige Tage Bedenkzeit geben und nehmen Sie die vorgeschlagene Eingliederungsvereinbarung mit nach Hause.

Lässt Ihr Fallmanager auch das nicht zu, empfehlen wir, handschriftlich einen Rechtsvorbehalt unter die Eingliederungsvereinbarung zu schreiben, der etwa so lauten könnte: „Ich weise ausdrücklich darauf hin, dass ich die getroffenen Vereinbarungen unter dem Druck der Androhung von Leistungskürzungen und unter meinem ausdrücklichen Protest unterzeichne und ich keinen Einfluss auf die Form und den Inhalt der Eingliederungsvereinbarung hatte bzw. diese nicht

berücksichtigt wurden.“

Die handschriftliche Ergänzung der Eingliederungsvereinbarung darf niemandem verwehrt werden.

1-€-Jobs

1-€-Jobs („Arbeitsgelegenheiten“) sind nach SGB II nachrangig gegenüber fast allen anderen Fördermaßnahmen wie Qualifizierung, Bewerbungstraining etc. Zulässig sind sie nur, „soweit sie zur Vermeidung oder Beseitigung, Verkürzung oder Verminderung der Hilfebedürftigkeit erforderlich sind“ (§ 3 (1) SGB II). In Wiesbaden werden ALG II-Betroffene allerdings bevorzugt mit 1-€-Jobs „gefördert“, wobei nicht immer ersichtlich ist, welchen Beitrag diese (meist primitiven) Arbeitsgelegenheiten zur Integration in den ersten Arbeitsmarkt leisten sollen. Fordern Sie deshalb von Ihrem Fallmanager solche Fördermaßnahmen, die Ihre Arbeitsmarktchancen auch für Sie nachvollziehbar verbessern.

Im übrigen besagt Artikel 12 Grundgesetz:

- (1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
- (2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
- (3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Eheähnliche Gemeinschaft

Wohnt ein/e Antragsteller/in mit einer Frau bzw. einem Mann zusammen, wird das Sozialamt automatisch das Vorliegen einer eheähnlichen Gemeinschaft unterstellen. Bei einer eheähnlichen oder ehelichen Gemeinschaft besteht Unterhaltspflicht zwischen den Partnern, und beide bilden (im sozialamtsdeutsch ausgedrückt) eine Bedarfsgemeinschaft. Hat der Partner Einkommen oder Vermögen, wird dieses der Bedarfsgemeinschaft zugerechnet. Es gelten dann die jeweiligen Grenzen, ab denen ein Anspruch auf ALG II besteht.

Anders als das Sozialamt definiert das Bundesverfassungsgericht eine eheähnliche Gemeinschaft folgendermaßen:

- Sie muss eine auf Dauer angelegte Lebensgemeinschaft zwischen Mann und Frau sein,
- die Bindung der Partner muss so eng sein, dass ein gegenseitiges Entstehen in Not- und Wechselfällen des Lebens erwartet werden kann,
- sie muss über die Beziehung in einer reinen Haushalts- und Wirtschaftsgemeinschaft hinausgehen.

Nach einem Urteil des Sozialgerichtes Düsseldorf kann eine eheähnliche Gemeinschaft erst angenommen werden, wenn die Partner mindestens drei Jahre zusammen leben.

Lili



Zeitung der
Fraktion Linke Liste Wiesbaden

1-€-Jobs vernichten Arbeitsplätze

In der Stadtverordnetenversammlung am 1. Juni musste die Stadt zugeben, dass durch einen Auftrag an den Bauhaus-Stadtteilservice Arbeitsplätze vernichtet wurden. Dieser setzt kostenlose 1-€-Jobber für Aufträge ein. Ende letzten Jahres wären außerdem drei weitere Arbeitsplätze fast durch Aufträge an den Bauhaus-Stadtteilservice vernichtet worden.

Auf die Anfrage der Linken Liste zur Stadtverordnetenversammlung Anfang Juni antwortete Herr Stadtrat Grella, dass das Grünflächenamt die Reinigung von ca. 25 Kinderspielplätzen an den Bauhaus-Stadtteilservice vergeben hat. Für diese Tätigkeiten werden jährlich 45.000 € bezahlt. Der Stadtteilservice ist eine Abteilung der Bauhaus Werkstätten GmbH. Die Träger sind: Evangelische Kirche, Nachbarschaftshaus, Johannesstift und HujA. Ausgehend von einer Leistungsdauer von acht Monaten und den hierfür benötigten vier Vollzeitärbeitskräften liegt der Auftrag an den Stadtteilservice über 30 Prozent unter den marktüblichen Preisen. Dieser Dumpingpreis ist nur deshalb möglich, weil hierzu kostenlose 1-€-Jobber eingesetzt werden. Wir gehen davon aus, dass – wie bei der Wiesbadener Jugendwerkstatt – noch weitere Mittel pro 1-€-Jobber über die Fallpauschale fließen: Über diese erhalten einige Einrichtungen Gelder für die Betreuung und Qualifizierung von 1-€-Jobbern.

Aufträge zur Reinigung von Kinderspielplätzen werden zu marktüblichen Preisen an den Verein IBA vergeben. IBA beschäftigt sozialversicherungspflichtig unter anderem schwerbehinderte Menschen mit einer geistigen oder einer Lernbehinderung. Die Linke Liste hat mehrfach darauf hingewiesen, dass der Einsatz von 1-€-Jobbern auch Arbeitsplätze vernichtet: Im Fall „IBA“ waren es vier Vollzeitstellen. Hier fragt sich weiter, worin

für 1-€-Jobber, die Spielplätze reinigen, eine „Qualifikation“ liegt, gerade wenn diese Tätigkeit auch von Menschen mit einer geistigen Behinderung ausgeführt werden kann.

Drei Arbeitsplätze fast vernichtet

Die Firma Stöer DSM GmbH, die für Werbeflächen zuständig ist, hatte an IBA den Auftrag vergeben, ungenehmigte Plakate zu entfernen. Gleichzeitig wollten Ordnungsamt und Tiefbauamt dem Stadtteilservice einen Auftrag für die gleiche Aufgabe erteilen. Als dies bekannt wurde, zog der Stadtteilservice sein Angebot zurück. Sonst wäre der Auftrag IBA wieder entzogen worden, die hierfür bereits drei Mitarbeiter eingestellt hatte.

Aufträge zu Lasten der Handwerksbetriebe

Die Stadt Wiesbaden vergibt Aufträge bis zur Höhe von 5.000 € ans Bauhaus; dies erfolgt eindeutig „zu Lasten der örtlichen Handwerksbetriebe“. Es handelt sich um Renovierungsarbeiten in städtischen Büros. Es ist davon auszugehen, dass auch diese Aufträge wettbewerbsverzerrend zu Dumpingpreisen erfolgen. Die Linke Liste fordert die Stadt Wiesbaden deshalb nochmals auf, mitzuteilen, um welche Tätigkeiten es sich handelt und wie die vertraglichen Bedingungen aussehen.

Darüber hinaus erhält der Stadtteilservice auch Aufträge von den Ortsbeiräten: Hier werden Arbeiten wie Unterstützung bei Festen, Müllbeseitigung im Stadtteil oder Spielplatzbetreuung vergeben. Es handelt sich hier vorwiegend um Tätigkeiten, die früher vom Grünflächenamt als geringfügige Beschäftigung oder Honorartätigkeit ausgeführt wurden. Die Linke Liste lehnt darum die Vergabe solcher Aufträge an den Stadtteilservice ab.

Ausreichende Mittel für Qualifizierung sozial schwacher Jugendlicher

Das Bauhaus und die Wiesbadener Jugendwerkstatt leisten eine hervorragende Arbeit in der Qualifizierung von sozial schwachen Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Die Linke Liste ist aber entschieden dagegen, dass die Finanzierung dieser wichtigen Arbeit, nachdem Landes- und Bundesmittel nicht mehr gezahlt werden, durch die Ausbeutung von 1-€-Jobbern erfolgt und über Dumpingpreise noch zusätzlich städtische Haushaltsmittel eingespart werden. Wir fordern deshalb für beide Einrichtungen eine ausreichende Absicherung aus städtischen Haushaltsmitteln.

Da muss man ja wollen!

Name:

Straße:

PLZ, Ort:

E-Mail:

Einsenden bzw. faxen (06 11) 31-59 17 an Fraktion Linke Liste, Rathaus, Schlossplatz 6, 65183 Wiesbaden
E-Mail: lili.fraktion@wiesbaden.de

Sie müssen ...

Dann senden wir Ihnen Infomaterial zu, laden Sie zu Versammlungen ein und schicken Ihnen diese Zeitung in Zukunft sogar nach Hause!

... nur wollen!



aus: Eulenspiegel 5/06

LOTHAR OTTO

Lili



Zeitung der Fraktion Linke Liste Wiesbaden
Juli 2006

WWW

= weitere wichtige Hinweise

www.flughafen-bi.de
Bürgerinitiativen
gegen den Flughafen ausbau

www.mrb.de/
bildungswerk-anna.seghers
Bildungs- und Solidaritätswerk Anna
Seghers e.V.

www.aktivgegenabschiebung.de
Aktionsbündnis gegen Abschiebung
Rhein-Main

www.kulturpark-wiesbaden.de
Kulturpark für die Jugend

www.stadtbahn-ja.de
Für ein umweltschonendes
Verkehrskonzept

www.attac.de/wiesbaden
attac – für eine solidarische Weltwirt-
schaft

www.friedenskooperative.de
„Kein Krieg! Aufstehen für den Frieden!
Für Solidarität und
soziale Gerechtigkeit!“

www.sozialforum-wiesbaden.de
Netzwerk gegen Sozial- und
Kulturabbau und gegen Privatisierung
öffentlicher Aufgaben



Lili



Zeitung der
Fraktion Linke Liste Wiesbaden

10

Juli 2006

Handeln gegen Rassismus ist Bürgerpflicht

In der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 1. Juni beantragte die Fraktion Linke Liste die Behandlung eines Dringlichkeitsantrages „Rücknahme eines Bußgeldes und Einstellung eines Ermittlungsverfahrens“.

Hintergrund: Im März dieses Jahres verhängten die Ordnungsbehörden der Stadt Wiesbaden gegen einen Bürger für das Unkenntlichmachen von Nazi-Propaganda ein Bußgeld über 35 €. Die Begründung laut Wiesbadener Gefahrenabwehrverordnung: das Überkleben eines rassistischen Aufklebers mit einem anderen sei Werbung und damit ordnungswidrig. Konsequenz: das Entfernen faschistischer Propaganda aus dem Wiesbadener Straßenbild wurde zum Anlass für eine Bestrafung des couragierten Bürgers genommen!

Der Betroffene legte formal Widerspruch ein und äußerte in einem Leserbrief seine Kritik am fehlenden politischen Fingerspitzengefühl der Hilfspolizisten. Daraufhin erhielt er eine polizeiliche Vorladung: auf Antrag der Stadt Wiesbaden werde gegen ihn wegen „übler Nachrede / Beleidigung“ ermittelt. Ende Mai 2006 kam die Ablehnung seines Widerspruchs gegen den Bußgeldbescheid; zahlen soll er nun (zumindest bis jetzt) 60,60 €.

In der Stadtverordneten-Versammlung widersprach Herr Dezernent Grella der Zulassung des Dringlichkeitsantrages: der Sachverhalt betreffe ein laufendes Verwaltungsverfahren. Diese ausschließlich formale, der politischen Bedeutung des Geschehens in keiner Weise gerecht werdende Argumentation machte sich auch Stefan Burghardt (Bündnis 90/Die Grünen) zu eigen: Es gehe nicht an, Entscheidungen zu laufenden Verwaltungsverfahren zu beantragen ... Ergebnis: alle Parteien im Rathaus außer der Linken Liste und der BLW (diese enthielt sich) lehnten eine Zulassung des Dringlichkeitsantrages ab.

Die Linke Liste sieht aktives Handeln gegen Rassismus und Rechtsextremismus als Bürgerpflicht an. Wir halten es für notwendig, rassistische Propaganda im öffentlichen Raum zu entfernen – und zwar durch Bürger/innen ebenso wie durch die Verwaltung!

Wir fordern deshalb weiter die Rücknahme des Bußgeldes und die sofortige Einstellung des Ermittlungsverfahrens. Stattdessen sollte die Stadt überlegen, ob nicht ein Verhalten wie das hier inkriminierte ausdrücklich lobend erwähnt werden sollte: beispielsweise durch die Vergabe des Oberst-Beck-Preises für Zivilcourage ...

Hier der Leserbrief des Betroffenen, in dem er den Sachverhalt ausführlich schilderte:

Hilfspolizei, Sauberkeit und Sicherheit, NPD

Am Mittwoch, 8. März, kam ich erstmalig in den Genuss, die umstrittenen Wiesbadener Hilfspolizisten in Aktion zu erleben. Um es vorweg zu nehmen, ich hatte schon erfreulichere Begegnungen! Bei meiner Arbeit als Gärtner fiel mir während der Mittagszeit auf dem Weg von der Metzgerei zurück zur Baustelle (ich war Brötchen holen) auf, dass auf drei Zigarettenautomaten in der Wielandstraße faschistische und rassistische Aufkleber der NPD klebten. „Jeden Tag eine gute Tat“, dachte ich mir und begann in eisiger Kälte die Aufkleber von den Automaten zu kratzen. Nachdem ich fünf Aufkleber entfernt hatte, der sechste aber auf Teufel komm raus nicht abging, fiel mir der Aufkleber des „Cafe Klatsch“ im Portemonnaie ein, den ich am Tag zuvor nach der Mittagspause von dort mitgenommen hatte. Ich klebte ihn über den letzten noch lesbaren NPD-Aufkleber. Zufrieden drehte ich mich um, nur um in die strengen Gesichtern zweier HiPos zu blicken. „Personalienkontrolle, Sie haben fremdes Eigentum beklebt!“ Ich erklärte ihnen den Sachverhalt, was jedoch keinerlei Eindruck hinterließ, da der Klatsch-Aufkleber „Werbung“ sei. Auf meine Erwiderung, dass ich keine Werbung mache, sondern rassistische und faschistische Propaganda unschädlich gemacht habe, wurde nicht eingegangen. Nun will ich den Herren Holz und Maurer (die beiden HiPos) keine ideologische Nähe zur NPD unterstellen. Zu fragen wäre allerdings, was ihr Verhalten mit ihrem Arbeitsauftrag, nämlich angeblich für Sicherheit und Sauberkeit zu sorgen (auch darüber lässt sich trefflich streiten), zu tun hat. AusländerInnen, Linke, Behinderte und Punks werden täglich von Neonazis angegriffen und oft erheblich verletzt. Seit 1990 wurden in Deutschland bei diesen Angriffen mehr als 100 Menschen auf brutalste Art und Weise ermordet (Recherche der Frankfurter Rundschau). Ihr ideologisches Rüstzeug erhalten die Mörder unter anderem von der NPD. Es dient deshalb sicherlich mehr der Sicherheit, überall gegen Nazis und ihre Propaganda vorzugehen, als Menschen, die genau das tun, mit Bußgeldern zu bestrafen.

Auch das in Deutschland beliebte Argument der Sauberkeit zieht in diesem Fall nicht, da der fragliche Automat (Wielandstraße 20) mit jeder Menge Aufkleber beklebt ist, somit also nicht von mir „verschandelt“ wurde.

Bleibt als Fazit festzustellen, dass für solche Menschen die Macht der Uniform, verbunden mit dem Recht, Exempel zu statuieren, wichtiger ist als „Fingerspitzengefühl“. Womit sie sich inhaltlich nicht wesentlich von dem unterscheiden, was auch die NPD für „Recht und Ordnung“ hält. Und genau dagegen werde ich auch weiterhin angehen.

Bädergutachten: Unbrauchbares Wasserluftschloss für 65.000 EURO

Gerd Strauch, Sprecher der ESWE-Bad-Initiative, beleuchtet, warum das im März vorgelegte Bädergutachten ausgesprochen kritisch aufgenommen wurde. Seiner Meinung nach sollten sich die Beschäftigten der Stadtverwaltung mit Sportpolitikern und Schwimmbadnutzern (insbesondere der ESWE-Bad-Initiative) zusammensetzen, um die gemeinsame Bäderverwaltung konkret auf den Weg zu bringen.

Die Mitglieder der Initiative sowie weitere Anwesende (Wiesbadener Sportfachleute, die den Zustand der Bäder sehr gut kennen) waren entsetzt über die Präsentation des Gutachtens, haben nur die Köpfe geschüttelt und das Gutachten insgesamt als unbrauchbar eingestuft.

Auch die Kämmerei soll in einer Stellungnahme das Gutachten für im Wesentlichen unbrauchbar halten. Wenn man so etwas schon in eine öffentliche Stellungnahme schreibt, wird das interne Urteil noch viel deutlicher ausgefallen sein: Thema verfehlt – 6. Die 65.000 € für das Gutachten hätte man vielleicht besser in die Realisierung einer gemeinsamen Bäderverwaltung unter Ausschöpfung des Know-hows der Stadtverwaltung (Schwimmbadleitungen, Sportamt) gesteckt!

Für das missratene Gutachten trägt zugleich aber auch das Dezernat des Oberbürgermeisters maßgebliche Verantwortung. Denn ein solches Gutachten fällt ja nicht nach Erteilung des Auftrages irgendwann einmal vom Himmel. Normal ist doch in solchen Fällen ein regelmäßiger Diskussionsprozess bei Ausarbeitung des Gutachtens. Und hierbei muss doch der Auftraggeber merken, ob die Gutachter entscheidende Punkte ungeprüft lassen und andere Punkte offensichtlich falsch einschätzen! Ausdrücklich bedauern möchten wir an dieser Stelle, dass es offenbar weder der Magistrat noch die Gutachter für notwendig gefunden haben, wegen des konkreten Bedarfs an Wasserzeiten (tatsächlich vorhanden - zukünftig gewünscht) Kontakt aufzunehmen mit Hauptnutzern wie etwa Schulen und Vereinen. Viele Unzulänglichkeiten des Gutachtens wären dann vielleicht vermieden worden.

Im Kern lässt sich nach der Präsentation am 15. März 2006 feststellen, dass es gegenüber dem Vedeve-Bädergutachten aus dem Jahr 1997 und dem Sportentwicklungsplan keine neuen Erkenntnisse gibt. Eher wird sogar deutlich, dass Erkenntnisse hieraus nicht wahrgenommen und nicht berücksichtigt worden sind.

Hauptaufgabe des Gutachtens hätte sein sollen, der Stadt konkrete Vorschläge für eine unverzüglich zu bildende Bäderverwaltung zu machen – und zwar gerade unter der Prämisse, dass in den nächsten Jahren aller Voraussicht nach außer der normalen Bäderinstandhaltung keine größeren Bauinvestitionen getätigt werden können. Hierfür finden sich im Gutachten offenbar nicht die geringsten konkreten Handlungsempfehlungen. Nachdem das Gutachten also für eine gemeinsame Bäderverwaltung im Prinzip wertlos ist, muss dies auch für zukunftsorientierte bauliche Veränderungen bei den einzelnen Bädern kon-

statiert werden. Da sämtliche Prognosen und Zukunftswünsche mit Kosten verbunden sind, ist es doch höchst verwunderlich, wenn die Gutachter erklärt haben, annähernde oder konkrete Kostenschätzungen hätten sie nicht vorgenommen. Mit Schwimmbadingenieuren hätte man keinen Kontakt aufgenommen. Was helfen dann allgemeine Aussagen über die Einhausung von Freibädern, die Anbringung eines Cabrio-Daches etc.

Wenn man dann leichtfertig die langfristige Schließung des ESWE-Bades vorschlägt, weil angeblich nach dem Jahr 2010 Investitionen im zweistelligen Millionenbereich notwendig wären, muss man sich natürlich auch fragen, woher nehmen die Gutachter diese Zahl? Bemerkenswert aber bezüglich des ESWE-Bades scheint doch zu sein, dass laut den von ESWE-Versorgungs AG übernommenen Zahlen in den nächsten fünf Jahren die voraussehbaren Sanierungskosten lediglich 600.000 € betragen werden. Wenn die Gutachter trotzdem bei einem angedachten Umbau anderer Schwimmbäder das ESWE-Bad während dieser Umbauphase nur noch als Schul- und Vereinsbad offen halten wollen, bewegen sie sich nicht nur fern der Realität, sondern im Widerspruch zu Parlamentsbeschlüssen.

Gerade auch der Sportentwicklungsplan stellt fest, dass sich Wiesbaden im Vergleich mit anderen Städten „in der unteren Hälfte der betrachteten Städte bewegt“. Bei Freibädern wird eine Unterversorgung von knapp 1.500 qm Wasserfläche konstatiert. Wenn Wiesbaden, wie die Gutachter selbst gesagt haben, mit 6,41 Badbesuchen pro Einwohner und Jahr ganz an der Spitze in Deutschland liegt (der Durchschnitt liegt etwa bei 3,5 bis 4,0 Badbesuchen pro Einwohner), belegt allein dies doch schon die hohe Nachfrage an Wasserfläche. Schließlich sind sich doch auch alle Parteien einig und es ergibt sich aus den Parlamentsbeschlüssen, dass es im Falle einer Schließung des ESWE-Bades zu einem vollwertigen Ersatz kommen muss, mithin die Wasserfläche nicht reduziert werden darf! Auch dies wäre von den Gutachtern zugrunde zu legen gewesen.

Hätte man die Fachkompetenz von Schwimmbadfachleuten der Stadt, Schulen und Vereinen ausgeschöpft, wäre es sicher auch nicht zu den nachfolgenden Fehleinschätzungen gekommen:

- Schul- und Vereinssport wolle man zukünftig auf ein eingehautes 50-m-Becken verlagern. Dies ist schon deswegen unrealistisch, weil Schwimmenlernen aller Art (ca. 40% aller Schul- und Vereinsangebote) mehrere Becken (Nichtschwimmerbecken) benötigt, wie etwa im ESWE-Bad, verteilt über alle drei Becken!
- Das Opelbad sei ein Sportbad (trainierende Wettkampfschwimmer wurden dort aber noch nicht gesichtet).
- Auf überschüssigen Freiflächen des Kallefreibades könne ein Fitness-Center und eine Sauna errichtet werden. (Wer wird das Kallebadgelände außerhalb des Freibadbetriebes aufsuchen, um in ein Fitness-Center oder eine Sauna zu gehen?)

Liebe Leserinnen und Leser,

es ist es uns nicht möglich, alle Informationen in wünschenswerter Ausführlichkeit in unserer Zeitung darzustellen. Glücklicherweise gibt es aber das Internet; dort sind u.a. unsere Anträge, Anfragen und Beschlüsse im Wortlaut wiedergegeben.

Schauen Sie doch mal rein.

Und ganz besonders freuen wir uns über alle, die an konkreter Mitarbeit interessiert sind: Auch hier hilft das Internet zur Kontaktaufnahme weiter:

www.fraktion-linke-liste-wiesbaden.de

Lili



Zeitung der
Fraktion Linke Liste Wiesbaden
Juli 2006



Mechthilde Coigné, Stadtverordnete der Linken Liste Wiesbaden

LiLi fordert: Flüchtlingsheim sofort schließen!

Die Fraktion Linke Liste Wiesbaden hat sich an die Öffentlichkeit gewandt, um eine sofortige Schließung der „Unterkunft“ Homburger Straße 29 und die Unterbringung der bislang dort wohnenden Flüchtlinge in menschenwürdigen Unterkünften zu erreichen. Die Fraktion Linke Liste ist entsetzt über den menschenverachtenden Umgang mit Flüchtlingen in unserer Stadt und das unverantwortliche Handeln zuständiger Personen.

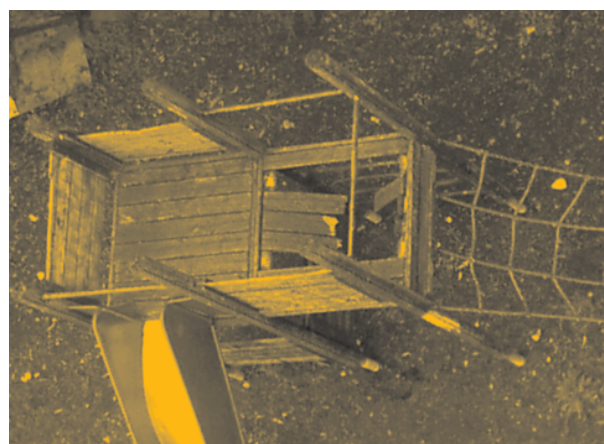
Nach Auffassung der LiLi erfordern die Beeinträchtigungen und Risiken für die Gesundheit und das Wohlbefinden der dort lebenden Flüchtlinge umgehendes Handeln.

Hier nur schlagwortartig einige der schlimmsten Missstände, die bei einer Begehung des Gebäudes festzustellen waren:

1. Sowohl in Zimmern als auch gemeinschaftlich genutzten Gebäudeteilen (Flure, Küchen, etc.) sind die mineralfaserhaltigen Deckenplatten zum Teil ganz erheblich beschädigt.
2. Die Lüftungsverhältnisse sind in weiten Teilen des Gebäudes, auch in vielen Zimmern, sehr schlecht, da Fenster oft nicht (oder nur minimal) geöffnet werden können, weil dies durch Metallstäbe verhindert wird.
3. Die Duscheinrichtungen sind überwiegend nicht funktionstüchtig. Die meisten Duscharmaturen sind defekt. Sowohl bei den Herren- als auch bei den Damenduschen sind jeweils maximal 2–3 Duschen ansatzweise nutzbar.
4. Der Zustand der Toilettenanlagen muss als menschenunwürdig gewertet werden. Eine einzige Herrentoilette war beim Ortstermin verschließbar, wobei der anwesende Hausmeister vor Verschließen warnte, da die Toilette sich möglicherweise nicht mehr aufschließen lasse. Bei allen anderen Toiletten waren Schließanlagen defekt oder abmontiert.
5. Die in den Toilettenanlagen und in den Kochräumen befindlichen Wasserarmaturen sind überwiegend defekt. Entweder gehen sie gar nicht, oder die Armatur ist dauerhaft gedrückt zu halten, bzw. das Wasser fließt nach Drücken nur wenige Sekunden.
6. Die Herdplatten funktionieren größtenteils nicht. Zum Teil konnten sie beim Ortstermin in Betrieb genommen werden, nachdem der Hausmeister sie zentral einschaltete.
7. Die Öffnungszeiten des einzigen Waschmaschinenraums und des einzigen Trockenraums sind benutzerunfreundlich, um nicht zu sagen schikanös, insbesondere für Familien.
8. Hinsichtlich der in Zimmern verlegten Teppichbodenbeläge wird von Bewohner/innen beklagt, dass sie bereits bei Übernahme stark verschmutzt/abgewohnt waren.
9. Die einzige frei zugängliche Spieleinrichtung für Kinder der „Wohnanlage“ ist ein hinter vier großen Mülltonnen befindliches „Spielgerät“. Dieses „Spielgerät“ (Kletterturm) – siehe Foto oben – ist so schwer beschädigt

(zerborstene Holzteile, freiliegende Metall-dorne, etc.), dass die Benutzung das Risiko schwerster Verletzungen birgt. Nach Auskunft ist dieser Zustand schon seit langer Zeit den Verantwortlichen bekannt, ohne dass diese akute Gefahr beseitigt wurde.

10. In der Nähe dieses Spielgerätes befindet sich ein mehrere Meter tiefer Schacht (eventuell Zisterne), der völlig unsachgemäß mit beschädigten Pressspanplatten abgedeckt ist. Ein Bewohner, der mit dem Reinigen von Fenstern beauftragt war, ist vor einiger Zeit durch die verrostete Abdeckung in den Schacht gestürzt.



Wie reagiert die Stadt?

Die Presseverlautbarung seitens der Stadt, eine Schließung der Einrichtung sei für Jahresende ohnehin vorgesehen, ja der Ortstermin der Linken Liste habe in direktem Zusammenhang mit der Schließung des Gebäudes gestanden, muss scharf zurückgewiesen werden! Im Gegenteil: Der zuständige Mitarbeiter erklärte, man bemühe sich um eine Schließung kleinerer Unterkünfte und die Umsiedlung der dort untergebrachten Personen in die Homburger Straße, da dies für die Stadt eine Kostenersparnis bedeute.

Den Betrag von durchschnittlich 195 € Unterbringungskosten hat die LiLi der Antwort von Stadtrat Hessenauer („pro Person, pro Tag (Nacht) 6,50 €“) auf ihre Anfrage vom 9. März 2006 entnommen.

Eine erst zum Jahresende vollzogene Schließung der Unterkunft ist aufgrund der Beeinträchtigungen und Risiken für die Gesundheit und das Wohlbefinden der dort lebenden Flüchtlinge unter keinen Umständen tolerabel. Die zwanzig dort lebenden Kindern können sich täglich beim Spielen schwer verletzen. Einige weitere akute Risiken wurden von den LiLi-Mitgliedern vor Ort festgestellt (unsachgemäß mit Pressspanplatten abgedecktes metertiefes Loch, für jeden frei zugängliches Fass, das die hochgesundheitsschädliche Flüssigkeit Morpholin enthält...).

Aus all diesen Gründen hält die Linke Liste eine sofortige Schließung der Unterkunft für unumgänglich.

Wie erreichen Sie die LiLi?

Geschäftsstelle der Fraktion:
Rathaus, Zimmer 314
Telefon (0611) 315426
Fax (0611) 315917
E-Mail: lili.fraktion@wiesbaden.de

Wann sind wir erreichbar?:
Mo, Di, Mi, Do: 10–13 Uhr
Mi, Do: 16–18 Uhr
Freitag: 9–11 Uhr

Unsere Postanschrift:
65183 Wiesbaden, Schlossplatz 6

Internet:
www.linke-liste-wiesbaden.de
www.fraktion-linke-liste-wiesbaden.de

Diese Zeitung ist kostenlos –
wir freuen uns über Spenden:
Konto 2164 07 023
Mainzer Volksbank (BLZ 551 900 00)

Linke Liste Wiesbaden
Ausgabe Juli 2006
Auflage: 8.000
V.i.S.d.P.: Gottfried Schmidt

Redaktion:
Karl-Heinz Grünheid
Gottfried Schmidt



Zeitung der
Fraktion Linke Liste Wiesbaden